Fabio De Masi, Member of European Parliament
DIE LINKE – Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left (GUE/NGL)

Committee of Inquiry on Money Laundering, Tax Avoidance and Tax Evasion (Vice-Chair)
Committee on Economic and Monetary Affairs (Member)
EU-South Africa Interparliamentary Delegation (Member) | EU-India Interparliamentary Delegation (Substitute)

Fabio De Masi - European Parliament - Rue Wiertz 60 - WIB 03M031 - 1047 Brussels

Pulse of Europe e.V.
Wolfsgangstr. 63
60322 Frankfurt am Main

Brüssel, 15.06.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie meine Antworten auf Ihre Fragen.

Mit freundlichen Grüßen,

Fabio De Masi

Postal Address: European Parliament, Rue Wiertz 60, WIB 03M031, 1047 Brussels

Office Bruxelles
Tel. +32(0)2 28 45667
Fax. +32(0)2 28 49667

Office Strasbourg
Tel +33(0)3 88 1 75667
Fax +33(0)3 88 1 79667

Email: fabio.demasi@europarl.europa.eu

www.fabiodemasi.de

Fabio De Masi, Member of European Parliament
DIE LINKE – Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left (GUE/NGL)

Committee of Inquiry on Money Laundering, Tax Avoidance and Tax Evasion (Vice-Chair)
Committee on Economic and Monetary Affairs (Member)
EU-South Africa Interparliamentary Delegation (Member) | EU-India Interparliamentary Delegation (Substitute)

Welches sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen, denen Europa und die Europäische Union ausgesetzt sind? Mit welchen konkreten Maßnahmen oder Vorschlägen wollen Sie / will Ihre Partei diesen begegnen?

Die drei wichtigsten Herausforderungen der EU sind meines Erachtens die Eurokrise und die wachsende soziale Ungleichheit, das Management der Flüchtlingskrise sowie die außenpolitischen Krisenherde einschließlich der Konfrontation mit Russland.

Der Schlüssel zur Bewältigung der Eurokrise ist die Stärkung von öffentlichen Investitionen und Löhnen in Deutschland, um die Außenhandelsüberschüsse Deutschlands abzubauen, die unsere Euro-Partner in die Schuldenfalle treiben, sowie die Binnenwirtschaft in der Eurozone zu stärken. Darüber hinaus brauchen wir eine durchgreifende Regulierung des Bankensektors einschließlich einer Trennung des Investmentbanking vom klassischen Bankgeschäft. Zusätzlich muss die Steuerpolitik auf eine Bekämpfung der systematischen Steuervermeidung durch internationale Konzerne und eine angemessenen Besteuerung hoher Millionenvermögen ausgerichtet werden, etwa durch eine EU-weit koordinierte Vermögensabgabe nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs nach dem 2. Weltkrieg.

Im Binnenmarkt muss das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort durchgesetzt werden und der Vorrang von Tarifverträgen und sozialen Rechten vor den Binnenmarktfreiheiten in den EU-Verträgen verankert werden, um Lohndumping im Binnenmarkt und den damit verbundenen Aufstieg von Rassismus und Rechtspopulismus zu unterbinden.

Die Flüchtlingskrise erfordert eine Bekämpfung von Fluchtursachen wie der gescheiterten militärischen Interventionen auch von EU-Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie der Reform der Handels- und Nachbarschaftspolitik, die insbesondere in Nordafrika zu ökonomischen und sozialen Verwerfungen führte. Innerhalb der EU benötigen wir hinreichende öffentliche Investitionen in Schulen, Wohnraum und Gesundheitsversorgung sowie eine dezentrale Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen unter Abschaffung des Dublin II Systems, um erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Dies erfordert einen finanziellen Lastenausgleich. Darüber hinaus müssen sichere Fluchtwege mit vorgelagerten Asylverfahren in Botschaften und Möglichkeiten der legalen Einwanderung geschaffen werden. Übergeordnetes Ziel muss aber die Stabilisierung der Herkunftsländer sowie die Unterstützung der jeweiligen Anrainerstaaten sein.

Wir benötigen eine Abrüstungsverpflichtung, die Stärkung von Diplomatie und Völkerrecht sowie eine neue Sicherheitsarchitektur im Rahmen der OSZE unter Einbindung Russlands.

Postal Address: European Parliament, Rue Wiertz 60, WIB 03M031, 1047 Brussels

Office Bruxelles
Tel. +32(0)2 28 45667
Fax. +32(0)2 28 49667

Office Strasbourg
Tel +33(0)3 88 1 75667
Fax +33(0)3 88 1 79667

Email: fabio.demasi@europarl.europa.eu
www.fabiodemasi.de

Fabio De Masi, Member of European Parliament
DIE LINKE – Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left (GUE/NGL)

Committee of Inquiry on Money Laundering, Tax Avoidance and Tax Evasion (Vice-Chair)
Committee on Economic and Monetary Affairs (Member)
EU-South Africa Interparliamentary Delegation (Member) | EU-India Interparliamentary Delegation (Substitute)

Am 25. März 2017 haben führende Vertreter von 27 EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Rom eine Erklärung zu den nächsten zehn Jahren der Union abgegeben. Diese Erklärung ist allerdings abstrakt und beinhaltet kein konkretes Maßnahmenprogramm. Uns interessiert, welche konkreten politischen Maßnahmen Sie / Ihre Partei vorschlagen, um die in der Erklärung genannten Ziele umzusetzen (Sie können sich dabei gerne auf drei Aspekte beschränken). Alternativ bitten wir Sie, uns die Aspekte zu nennen, die sie nicht unterstützen, und warum.

Wie Sie zu Recht bemängeln, ist die Erklärung von Rom leidlich abstrakt. Ich beschränke mich daher auf die Kritik einiger Aspekte:

1)Sicherheit sowie Bekämpfung des Terrorismus & Freizügigkeit im Inneren:

Die Erklärung von Rom reflektiert nicht das Scheitern der bisherigen Außenpolitik und *Regime Change*-Politik, die Sicherheit nicht erhöht, sondern Chaos, Terror und Staatenzerfall geschaffen hat. Eine militärische Abwehr von Flüchtlingen lehnt DIE LINKE. ab (siehe für weitere Ausführungen Antwort auf Frage 1). Im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus ist etwa der völlig unzureichende Informationsaustausch und Maßnahmen zur Austrocknung der Terrorfinanzierung zu nennen. Siehe hierzu auch http://www.fabio-de-masi.de/de/article/1057.video-dem-islamischen-staat-den-geldhahn-abdrehen.html

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit muss durch eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen flankiert werden, die Sozial-, Tarif – und Lohndumping verhindert und gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort bzw. den Vorrang sozialer Rechte vor den Binnenmarktfreiheiten der Unternehmen sicherstellt. In der Praxis unterläuft etwa die EU-Kommission dieses Ziel im Rahmen der Reform der Entsenderichtlinie und der sozialen Säule, bei Eingriffen in das Streikrecht etwa bei Fluglotsen oder im Europäischen Unternehmens- bzw. Gesellschaftsrecht, das den Unternehmen Steuer- und Sozialdumping im Bereich der Sitzverlagerung erleichtert.

2) wirtschaftliche Konvergenz/Economic Governance

Die EU-Mitgliedsstaaten fokussieren auf „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Strukturreformen“. „Strukturreformen“ meinen Lohn- und Rentenkürzungen, Sozialabbau und Privatisierungen. Wir brauchen stattdessen öffentliche Investitionen und eine Verringerung der Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland. Nähere Informationen
http://www.fabio-de-masi.de/de/topic/15.eurokrise.html
Sowie
http://www.fabio-de-masi.de/de/article/1065.die-eu-muss-in-die-zukunft-investieren.html

3) Chancengleichheit

Eine wesentliche Voraussetzung für Chancengleichheit ist eine auskömmliche Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei Bildung, Gesundheit etc. sowie die Verringerung der sozialen Ungleichheit. Hier wäre etwa das Steuerdumping der internationalen Konzerne anzusprechen, die häufig weniger als ein Prozent Steuern auf ihre Gewinne in der EU entrichten. Die bisherigen Maßnahmen der EU-Kommission bzw. der EU-Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der

Postal Address: European Parliament, Rue Wiertz 60, WIB 03M031, 1047 Brussels

Office Bruxelles
Tel. +32(0)2 28 45667
Fax. +32(0)2 28 49667

Office Strasbourg
Tel +33(0)3 88 1 75667
Fax +33(0)3 88 1 79667

Email: fabio.demasi@europarl.europa.eu
www.fabiodemasi.de

Fabio De Masi, Member of European Parliament
DIE LINKE – Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left (GUE/NGL)

Committee of Inquiry on Money Laundering, Tax Avoidance and Tax Evasion (Vice-Chair)
Committee on Economic and Monetary Affairs (Member)
EU-South Africa Interparliamentary Delegation (Member) | EU-India Interparliamentary Delegation (Substitute)

Steuervermeidung von Konzernen sind unzureichend. Dies erfordert etwa eine einheitliche aber breite Bemessungsgrundlage bei den Unternehmenssteuern in Verbindung mit Mindeststeuersätzen (hierzu ist eine Änderung der EU-Verträge erforderlich) sowie Quellensteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen. Detailliertere Informationen entnehmen Sie
http://www.dielinke-europa.eu/serveDocument.php?id=541.0c4.pdf
http://www.fabio-de-masi.de/de/article/1298.steuern-zahlen-ist-nur-was-für-die-dummen.html
Sowie
http://www.fabio-de-masi.de/de/article/1248.ccctb-der-teufel-liegt-im-detail.html

4) Starkes Europa/Kooperation mit NATO

Siehe Ausführungen zu Frage 1. Wir halten eine Rüstungsunion und die Aufstockung der Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP für kontraproduktiv.
Siehe auch http://www.fabio-de-masi.de/de/article/1366.fr-gastbeitrag-eu-muss-investieren-statt-aufru-sten.html

Die Europäische Union wird von vielen Bürgern als zu bürokratisch und nicht greifbar empfunden. Viele bemängeln ein Demokratiedefizit und haben das Gefühl, zu wenig Einfluss ausüben zu können.
Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dem entgegenzuwirken? Glauben Sie, dass es institutioneller Reformen bedarf? Wenn ja, welcher?

Die Instrumente für Bürgerbeteiligung sind begrenzt und werden häufig missachtet (z.B. wurde die Europäische Bürgerinitiative zu TTIP durch die EU-Kommission verhindert. Der Europäische Gerichtshof hob diese Entscheidung später auf). Die europäische Bürgerinitiative muss gestärkt und erleichtert werden.

Der Einfluss von Lobbyisten etwa auf Verhandlungen von Handels- und Investitionsabkommen ist größer als der Einfluss gewählter Abgeordneter. Siehe auch http://www.fabio-de-masi.de/de/article/1210.gastbeitrag-auf-zeit-ein-schlechter-deal-für-europa.html In Bereichen, die nicht vollständig vergemeinschaftet sind – wie auch für Teile der Handelspolitik – müssen auch die Rechte nationaler Parlamente gewahrt bleiben.

DIE LINKE. fordert neue EU-Verträge mit einer neutralen Wirtschaftsverfassung und Volksabstimmungen hierüber in allen EU-Mitgliedsstaaten.

Postal Address: European Parliament, Rue Wiertz 60, WIB 03M031, 1047 Brussels

Office Bruxelles
Tel. +32(0)2 28 45667
Fax. +32(0)2 28 49667

Office Strasbourg
Tel +33(0)3 88 1 75667
Fax +33(0)3 88 1 79667

Email: fabio.demasi@europarl.europa.eu
www.fabiodemasi.de